

ein heikler Punkt, da ja von den konkreten politischen Zusammenhängen niemals abstrahiert werden kann. Wenn politische Stellungnahmen für alle Kirchen und die ökumenische Begegnung ohnehin ihre Schwierigkeiten mit sich bringen, so darf man dies besonders bei der unmittelbaren Konfrontation von Vertretern aus zwei recht gegensätzlichen politischen und gesellschaftlichen Lagern erwarten. Es gibt hier neuralgische Punkte für die Teilnehmer, nicht zuletzt aber auch für die außenstehenden Beobachter dieser Gespräche. Mancher mag dann politische Stellungnahmen erwarten oder gar fordern und, wenn diese fehlen, Kompromisse vermuten.

Nun ist aber die Uniformität des politischen Urteils noch niemals ein Zeichen oder auch eine Grundbedingung christlicher Einheit gewesen — weder im Osten noch im Westen. Es ist im Gegenteil verheißungsvoll, wenn trotz aller politischen Differenzen eine Begegnung von Christen als Christen innerlich und äußerlich möglich ist. Umgekehrt wäre es verhängnisvoll, wenn politische Fronten zum christlichen Programm erhoben würden. Vor allem aber kann man bei diesen Gesprächen immer wieder die Erfahrung machen, daß im Grundsätzlichen die praktischen Probleme der beiden Kirchen keineswegs so weit voneinander entfernt sind, wie es bei der Gegensätzlichkeit der politischen Lager scheinen mag. Denn gemeinsam ist auf jeden Fall die Begegnung mit einem praktischen Indifferentismus und auch Atheismus. Gemeinsam ist aber auch die Aufgabe, in der jeweiligen Situation das Evangelium recht zu verkündigen und zu leben. Wenn gerade von orthodoxer Seite immer wieder auf der Frage nach der Zusammenarbeit von Getauften und Ungetauften insistiert wurde, so geschah dies gerade unter diesem Gesichtspunkt, daß der Kirche das Zeugnis des Glaubens, nicht aber der Kampf gegen den Unglauben aufgetragen ist.

Praktische Probleme

Dazu wurden im Gespräch auch ganz praktische Probleme berührt, wie etwa dieses: Von evangelischer Seite wurde gefragt, ob in der russischen Kirche nicht auch Bedenken gegen die Kindertaufe aufbrächen, wenn die spätere christliche Unterweisung nicht möglich ist. Die Antwort wurde von

Metropolit *Nikodim* selbst gegeben, der sagte, daß man die Taufe eines Kindes ablehne, wenn sie, etwa von der Großmutter des Kindes, gegen den ausdrücklichen Willen der Eltern verlangt werde. Denn in diesen Fällen bestehe auch die Gefahr, daß das Kind später von seiner Taufe überhaupt nichts erfahre. In anderen Fällen wird aber getauft, und zwar einmal im Blick auf den sakramentalen Charakter der Taufe, zum andern weil ein Getaufter, auch wenn er erst später wieder den Weg zur Kirche findet, wissen darf, daß er bereits dazugehört. Von orthodoxer Seite wurde dann auch gleich die berechtigte Gegenfrage gestellt, ob denn bei obligatorischem Religionsunterricht in den Schulen und unbeschränkter kirchlicher Unterweisung die Zahl der aktiven Gemeindeglieder tatsächlich größer sei, wo man doch, wie im vorrevolutionären Rußland, so auch heute in westlichen Ländern vor dem Phänomen einer Entfremdung von der Kirche stehe. Ebenfalls berührt wurde die Frage nach der Auseinandersetzung mit der modernen Naturwissenschaft. Es heißt sicher nicht, bei allem, was man hier tun und sagen kann, aus der Not eine Tugend zu machen, wenn darauf erwidert wurde, die christliche Kirche habe die Welt nicht mit wissenschaftlichen Traktaten, sondern mit dem Vorbild christlichen Lebens erobert. Eine wesentlich größere Gefahr als in der gesamten antireligiösen Propaganda erblickte ein anderer Gesprächsteilnehmer in einer häufig begegnenden ritualistischen Intransigenz mancher Gemeindeglieder im Gottesdienst, die bisweilen Außenstehende grob zurechtweisen, wenn

sie sich nicht richtig bekreuzigen oder sonst nicht der Tradition entsprechend verhalten.

Wer die kirchlichen Verhältnisse in Rußland einigermaßen kennt, wird sich vor einer romantischen Verklärung ebenso hüten, wie er es bei seiner eigenen Kirche tun wird. Aber er wird auch lernen können, daß die Erfüllung der Aufgabe der Kirche niemals mit den äußeren Bedingungen steht und fällt. Gerade in den unterschiedlichen Verhältnissen ist es ein wichtiges Ergebnis, wenn in dem Resümee dieser Konferenz gemeinsam gesagt werden konnte: „Alle Gesprächsteilnehmer verstehen übereinstimmend die Taufe als Akt der Wiedergeburt bzw. Neuschöpfung. Mit ihm tritt der Christ als neue Kreatur in das Verhältnis der Versöhnung mit Gott sowie in den täglichen und intensiven Kampf mit der Sünde; zugleich übernimmt er die Verpflichtung zum Dienst an anderen Menschen durch das Bekenntnis und die Verkündigung der Wahrheit des Evangeliums, durch das Vorbild einer christlichen Lebensführung, durch das mutige Eintreten für Gerechtigkeit und Frieden in tätiger Nachfolge Christi.“

Ein Gesamtbericht von dieser Konferenz wird, wie es auch nach den vorangegangenen Begegnungen geschah, vom Außenamt der EKD veröffentlicht werden. (Bisher sind folgende Berichtsbände erschienen: 1. „Tradition und Glaubensgerechtigkeit“, Luther-Verlag, Witten 1961; 2. „Vom Wirken des Heiligen Geistes“, ebd. 1964. Dazu das Tagungsprotokoll in „Evangelische Theologie“ 25 (1965) S. 512—564; 3. „Versöhnung“, ebd. 1967.)

Die panislamische Konferenz in Rabat

Die von der Arabischen Liga einberufene „panislamische Konferenz“ fand vom 22. bis 24. September in Rabat (Marokko) statt. Der unmittelbare Anlaß war der Brand der El-Aksa-Moschee in Jerusalem (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 459 ff.). Als eigentliche Initiatoren der Konferenz gelten König Faisal von Arabien und König Hassan II. von Marokko. Faisal hat diese Konferenz gegen die Absicht der „progressiven“ arabisch-sozialistischen Staaten durchgesetzt. Daß diese ihr

überhaupt zustimmten, ist nur so zu verstehen, daß wenigstens einige von ihnen auf verstärkte diplomatische Hilfe der nichtarabischen muslimischen Staaten hofften.

Das bloße Stattfinden der Konferenz wurde von König Hassan II. ein Wunder genannt. Selbst die laizistische Türkei schickte einen Vertreter, und der Schah von Persien — beide Staaten haben Israel anerkannt — erschien persönlich neben anderen zehn muslimischen Staatsoberhäuptern. Das Ereignis kann allerdings

auch durch rationale Gründe erklärt werden. Der Moscheebrand hat zweifellos viele Muslimen erregt. Durch die Teilnahme an der Konferenz können sich gerade jene muslimischen Regierungen salviaieren, die diplomatische oder gar Handelsbeziehungen zu Israel unterhalten. Daß die laizistische Türkei einen Vertreter entsandte, war ein Zugeständnis an jenen Teil der Bevölkerung, der die Laizierung auch heute noch nicht verschmerzt hat. Der Schah von Persien wiederum kam, um die arabischen Monarchen zu unterstützen und Nassers Position zu schwächen. Nasser konnte sich durch Krankheit entschuldigen — er hätte schlecht zwischen Faisal und dem Schah gepaßt. Syrien und der Irak sagten ab — sie versprachen sich nichts von der Konferenz.

Eine Absage an die Progressiven war auch der Umstand, daß kein Vertreter der Palästinenser geladen wurde, nur Vertreter von Staaten sollten teilnehmen. Auf Drängen der Araber wurde einem Vertreter der palästinensischen Befreiungsfront (*el-Fatab*) gestattet, der Konferenz die Forderungen dieser Organisation vorzutragen. Pakistan bestand schließlich darauf, keinen Vertreter Indiens zu laden, ein Land, in dem immerhin 60 Millionen Muslimen leben und das sich durch seine Beziehungen zu Ägypten reichlich Verdienste um die arabische Sache erworben hat.

Die Beschlüsse

In der Tat kam die Konferenz vor allem aus zwei Gründen zustande: sie wurde gegen den Widerstand Ägyptens schnell einberufen, und man verzichtete auf eine Tagesordnung. Die Teilnehmer wurden lediglich eingeladen, um über den Brand der El-Aksa-Moschee und über Jerusalem zu debattieren („Le Monde“, 23. 9. 69). Die Israelfrage war in der Einladung also ausgeklammert. Sie kam dann zwar doch auf die in Rabat ausgehandelte Tagesordnung, doch wurde dort z. B. der Vorschlag Libyens, von den Teilnehmern den Abbruch der diplomatischen und kommerziellen Beziehungen zu Israel zu verlangen, nicht aufgenommen. Keiner der hiervon betroffenen Staaten wäre dazu bereit gewesen. Der *el-Fatab* forderte auf der Konferenz nicht nur die volle Unterstützung und Anerkennung seiner

Organisation, sondern auch das Recht, in allen muslimischen Staaten Informations- und Werbebüros zu unterhalten. Daß eine solche Forderung auf taube Ohren stieß, versteht sich beinahe von selbst, denn diese Organisation versteht sich in jeder Hinsicht als revolutionär.

Die arabischen Staaten sind mit ihren extremen Forderungen nicht durchgedrungen. Die Konferenz zeichnete sich vor allem durch ihre Mäßigung aus. Vom Heiligen Krieg war nicht mehr die Rede — man hatte inzwischen bemerkt, daß diese Vokabel wenig Anklang fand. König Hassan II. von Marokko kritisierte sogar die Fanatiker (und zugleich die Reaktion Ägyptens auf das magere Konferenzergebnis), deren sinnloses Gerede niemandem nütze. Welchen praktischen Wert die Schlußresolution hat, auf die sich die Konferenz schließlich einigte, vermögen selbst Kenner nicht zu evaluieren. Prima facie scheint die Resolution ein Erfolg der Araber zu sein: Die Großmächte werden aufgerufen, ihre Bemühungen um den Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den im Juni 1967 besetzten Gebieten zu intensivieren. Die Konferenzteilnehmer wollen jede Lösung des Palästina-Problems verwerfen, welche Jerusalem nicht den Status zurückgibt, den es vor dem Junikrieg gehabt habe. Sie bekunden die tiefe Verbundenheit der Muslimen mit Jerusalem, woraus sich für die muslimischen Regierungen die Entschlossenheit ergebe, für die Befreiung Jerusalems zu kämpfen. Sie sichern dem palästinensischen Volk ihre volle Unterstützung für die Wiedererlangung seiner Rechte und die nationale Befreiung zu.

Dies ist zweifellos mehr als man nach dem Beginn der Konferenz hätte erwarten dürfen. Ob dies allerdings mehr als eine wohlwollende Deklaration ist, vermag niemand zu sagen — zu viele einander widersprechende Interessen waren auf diesem Kongreß vertreten. Das gleiche gilt für die Frage, ob diese Konferenz, die sich als muslimisches Gipfeltreffen bezeichnete, überhaupt einen Sinn hatte. Es wurde ein ständiges Sekretariat eingerichtet, und man beschloß wieder zusammenzutreten, um die Belange des Islams wahrzunehmen. Von Panislamismus war nicht die Rede. Aber ernsthafte Arbeit einer solchen Konferenz paßt nicht in das Konzept der „progressiven“ arabi-

schen Staaten und der Sowjetunion — konservative Tendenzen dürften hier das Übergewicht haben. (Faisal von Arabien nannte *zwei* Feinde des Islams: den Zionismus und den Kommunismus.)

Brückenschlag zu den Kirchen?

Durch die Abhaltung der muslimischen Gipfelkonferenz sollten die nicht-arabischen muslimischen Staaten mittels der heiligen Stätten in Jerusalem in den Israelkonflikt verwickelt werden. Dabei ist es nicht geblieben. Vom ersten Tag an hoffte man in den arabischen Staaten, daß das „Sakrileg der Israelis“ auch eine Reaktion der Kirchen hervorrufen würde. Daß dies nicht geschehen ist, hat zunächst enttäuscht, aber keineswegs entmutigt, und man hat unterdessen neue Versuche unternommen, die Kirchen in dieser Sache zu engagieren. Der Staatspräsident des Libanon, Ch. Helou, maronitischer Christ, sollte in Rabat nicht nur für die Muslimen, sondern auch für die Christen des Libanon sprechen und anschließend im Vatikan die Ergebnisse der Konferenz unterbreiten. Der maronitische Kardinal Meouchi soll ein christlich-muslimisches Treffen wegen der heiligen Stätten vorbereiten.

Im gleichen Zusammenhang sind neue Annäherungsversuche muslimischer Würdenträger zu verstehen. Die Al-Azhar-Universität (die schon seit langem nichts unternimmt, was der ägyptischen Regierung nicht genehm ist), entdeckte, daß der Platz der Muslimen im ökumenischen Gespräch leer geblieben ist, während doch die Juden daran teilhaben, und bestimmte zwei Gelehrte, *Mahmud Haballah* in Washington D. C. und Muhammed Abdul Rauf in New York als Repräsentanten (NC, 25. 9. 69). Das Angebot der Teilnahme an einem christlich-muslimischen Gespräch müßte unter anderen Umständen als ein Ereignis von religionsgeschichtlicher Tragweite gewertet werden. So wie es jetzt erfolgt, ist es vielleicht nicht mehr als ein Manöver — eben ein Versuch, die Kirchen im Israelkonflikt zu implizieren.

In eben diesem Kontext ist es zu verstehen, daß sich König Hassan II. aus Anlaß der panislamischen Konferenz mit einem Schreiben an den Papst wandte und darin zum Ausdruck brachte, daß die Teilnehmer

der Konferenz allein von der Sorge um den Frieden und um die heiligen Stätten der monotheistischen Religionen in Jerusalem bewegt würden. In der Antwort ging der Papst (vgl. „Osservatore Romano“, 2. 10. 69) gerade auf den konziliananten Ton dieses Briefes ein und beklagte jede Gewalttätigkeit besonders im Heiligen Lande und in Jerusalem. Zugleich schlage der Papst vor, daß Vertreter der drei monotheistischen Religionen den bedauernswerten Anlaß nutzen sollten, um den einzigartigen und heiligen Charakter Jerusalems und seiner heiligen Stätten zu erhalten.

In dieser Antwort wird das Problem auf seinen Kern zurückgeführt: Es gibt in Jerusalem heilige Stätten, die wegen ihrer besonderen Bedeutung auch eines besonderen Schutzes bedürfen. Es dürfte zwar kaum möglich sein, Repräsentanten der drei Religionen zu finden — denn wer sollte die Kirchen, wer das Judentum repräsentieren? —, aber die israelische Regierung hat wiederholt versichert,

daß sie bereit ist, den heiligen Stätten einen besonderen Status zuzuerkennen, wobei an eine Exterritorialität zu denken ist, die der diplomatischen Vertretungen ähnelt. Wie es scheint, sind in dieser Angelegenheit bereits die ersten Kontakte aufgenommen worden. Am 6. Oktober empfing Papst Paul VI. den israelischen Außenminister *Abba Eban* in Privataudienz. Dieser Besuch ist im Zusammenhang mit den Bemühungen des Papstes im Nahost-Konflikt zu verstehen. In einer Verlautbarung des vatikanischen Presseamtes heißt es, daß über die Möglichkeit einer friedlichen Lösung des Nahost-Konflikts, des Problems der Palästinaflüchtlinge und des Status der heiligen Stätten gesprochen worden sei. Papst Paul VI. habe dabei erneut bekräftigt, daß die Einstellung des Heiligen Stuhles einzig an den religiösen Motiven und an den christlichen Idealen der Humanität und der Liebe orientiert sei.

Dieser Verlauf der Bemühungen des Papstes hat wenigstens in Ägypten,

sicherlich aber auch in anderen arabischen Staaten, sehr negative Reaktionen hervorgerufen; schließlich hatte man in der Frage der heiligen Stätten auf ein muslimisch-christliches Zusammengehen gerechnet. In fast peinlicher Weise verlangt der außenpolitische Berater Nassers, *Fawsi*, vom apostolischen Pronuntius in Kairo Aufklärung über den Verlauf des Gesprächs zwischen Papst Paul und *Abba Eban* (obgleich ein sehr ausführliches Kommuniqué veröffentlicht wurde) und ließ es offenbar auch nicht an indirekten Drohungen gegen die Christen in Ägypten fehlen („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 9. 10. 69). In der ägyptischen Außenpolitik sind zwar solche spontanen selbstdecourrierenden Akte nicht gerade selten, es ist aber der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß man in Kairo das sich anbahnende Gespräch zwischen Hassan II. und Papst Paul VI. unmöglich machen will, um die Ineffizienz der muslimischen Weltkonferenz unter Beweis zu stellen.

Länderberichte

Südkoreas Entwicklungskrise

Politische Beobachter sagen für die kommenden Monate heftige innenpolitische Auseinandersetzungen für Südkorea voraus. Für viele verknüpft sich damit sofort die Vorstellung von Studentenrevolten, die immerhin schon einmal, lange bevor die jetzt andauernde weltweite Studentenprotestbewegung einsetzte, eine südkoreanische Regierung zum Sturz brachten. Damals, im April 1960, waren Unregelmäßigkeiten bei Wahlen sowie massiver Druck, Terror und Mord seitens der Polizei und des Geheimdienstes Ursache der von Studenten ausgehenden Bewegung gegen den seit 1948 herrschenden Präsidenten der „Republik Korea“ (Südkoreas offizielle Bezeichnung im Gegensatz zur „Koreanischen Volksdemokratischen Republik“ im Norden des Landes), Syngman Rhee.

Die Kandidatur von Park Chung Hee

Heute ist die voraussichtliche Kandidatur des Präsidenten *Park Chung Hee* für eine dritte Amtsperiode ab 1971 Anlaß für die massiven Angriffe der Opposition, da hierfür eine Verfassungsänderung notwendig wäre und außerdem nach ihrer Meinung „die totale Diktatur besiegelt“ würde. Angesichts der seit 1961 anhaltenden Aufwärtsentwicklung in der Wirtschaft und der Stabilität Südkoreas sowie der wachsenden Bedrohung und Infiltration aus Nordkorea (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 365 ff.) ist nur zu hoffen, daß sich eine vernünftige und gewaltlose Klärung in dieser Frage herbeiführen läßt. Sah es Anfang des Jahres noch so aus, als wolle *Park Chung Hee* seine

eigene Entscheidung und damit auch den eventuellen Anlaß für Aktionen der Opposition zumindest bis Dezember hinauszögern, so scheint nun die oppositionelle „Neue Demokratische Partei“ (*Shinmin*) gewillt, von sich aus die Frage hochzuspielen. Da sie mit nur 47 der insgesamt 175 Abgeordnetenstimmen die Zweidrittelmehrheit für eine Verfassungsänderung nicht verhindern konnte, griff sie am 7. September zu einem sehr ausgefallenen Mittel: sie löste sich auf. 44 ihrer Abgeordneten wurden zunächst formell aus der Partei ausgeschlossen. Sie konnten aber nach südkoreanischem Gesetz ihre Abgeordnetensitze behalten. Dann löste man die Partei auf und nahm damit den drei Abgeordneten, die für die Verfassungsänderung stimmen wollten, ihre Mandate, da sie als ehemalige, nicht ausgeschlossene Mitglieder einer aufgelösten Partei keine Rechte als Volksvertreter mehr besitzen. In einem Gegenzug billigte das südkoreanische Parlament in Abwesenheit der Opposition, die zum gleichen Zeitpunkt ein Sit-in im Parlamentssaal veranstaltete und nicht von der Verlegung des Abstimmungsortes unterrichtet worden war, mit 122 zu Null Stimmen die Verfassungsänderung. Nachdem das Ergebnis der Volksabstimmung vom 17. Oktober 65,5 % zu seinen Gunsten erbracht hat, ist die taktische Drohung *Park Chung Hees*, für den Fall, daß er nicht die einfache Mehrheit für den Entwurf erringen kann, zurückzutreten, hinfällig geworden. Zur Zeit scheint er beim größten Teil der Bevölkerung noch hoch im Ansehen zu stehen, wobei man sich weitgehend nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten richtet. Die kleine, aber